

Redebeitrag des Göttinger Friedensforum zur Kundgebung am 16.7.22

1. die Vorschläge für einen Frieden in der Ukraine
2. die Ergebnisse des Nato-Gipfels im Juni in Madrid im Zusammenhang mit der Verankerung 100 Mrd. „Kriegskredite“ im deutschen Grundgesetz

Zu den Vorschlägen für einen Frieden in der Ukraine

Der Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Krieg, der durch nichts zu rechtfertigen ist.

Zugleich muss dennoch die Vorgeschichte dieses Krieges betrachtet werden, nicht um diesen Krieg zu relativieren, sondern um die Möglichkeiten zur Beendigung des Gemetzels zu erkennen und Vorschläge für eine nachhaltige Friedensordnung in Europa entwickeln zu können. Und auch, um Fehler der Vergangenheit in Zukunft zu vermeiden.

Westliche Politik und Medien blenden diese Vorgeschichte größtenteils aus; denn sonst würde vielen Menschen klar, dass dieser Krieg zu verhindern gewesen wäre, und dass es auch jetzt noch Alternativen zur weiteren Eskalation gibt.

Eine Lösung des Krieges in der Ukraine wird aktuell den Waffen überlassen unter Inkaufnahme ermordeter Menschen, zerstörter Städte sowie einer erheblichen Umweltbelastung. Die Folgen des Ukraine-Krieges haben globale Auswirkungen in Form von Inflation und einer Nahrungsmittelkrise mit dramatischen Folgen weltweit.

Die direkten Verhandlungen zwischen der russischen und der ukrainischen Regierung sind derzeit zum Erliegen gekommen. Die am Krieg Beteiligten sollten dennoch alle Bemühungen darauf konzentrieren, nach Lösungen jenseits des Krieges zu suchen – zunächst einen Waffenstillstand, dann eine Friedensordnung. Wo immer man hinhört, vernimmt man: Putin ist zu Verhandlungen nicht oder noch nicht bereit. Das stimmt, ist aber kein unumstößlicher Zustand.

Immer drängender stellt sich die Frage, warum der Westen dem Krieg in der Ukraine mit Waffenlieferungen bedingungslos Vorschub leistet, statt auf Waffenstillstand und Verhandlungen zu drängen.

Basis solcher Friedensverhandlungen könnten die Vorschläge sein, die der italienische Außenminister Di Maio im Mai 2022 dem UN-Generalsekretär Guterres vorgelegt hat. In den meisten deutschen Medien tauchte dieser Friedensplan so gut wie nicht auf.

Ich möchte die vier Schritte des italienischen Friedensplans deshalb in aller Kürze hier vorstellen:

Im 1. Schritt geht es um Verhandlung eines Waffenstillstands bei gleichzeitiger Entmilitarisierung der Kampfzonen und der Einrichtung internationaler Kontrollmechanismen.

In einem 2. Schritt wird in einer Friedenskonferenz über die Einrichtung des neutralen Status der Ukraine verhandelt, der mit internationalen Verträgen im Sinne einer Schutzgarantie abzusichern ist.

In Schritt 3 erfolgt ein bilaterales Abkommen zwischen Russland und der Ukraine über den Status der umkämpften ukrainischen Gebiete: Weitgehende Autonomie der Krim und der Gebiete des Donbass in den nationalen Grenzen der Ukraine. Klärung der Fragen des freien Zugangs, des freien Handels und des Zahlungsverkehrs sowie kultureller und sprachlicher Rechte.

Schließlich erfolgt **im 4. Schritt** unter der Regie der OSZE die Verhandlung eines multilateralen Abkommens über einen europäischen Sicherheitspakt, der auch die Beziehungen zwischen der EU und Russland regelt. Inhalte dieses Vertrages wären internationale Abrüstung und Rüstungskontrolle, Sicherheitsgarantien, Konfliktprävention sowie der Abzug der russischen Truppen aus den besetzten ukrainischen Gebieten. Im Rahmen dieser Maßnahmen könnten die Sanktionen gegen Russland Schritt für Schritt zurückgenommen werden.

Erwähnenswert ist, dass dieser Friedensplan Italiens u.a. Vorschläge enthält, die die Ukraine bereits am 29. März der russische Delegation in Istanbul übergaben. Darin war der Kernpunkt für eine Verständigung eine militärische Neutralität der Ukraine zwischen den Westmächten und Russland.

Dazu ein Zitat aus dem Österreichische Rundfunk ORF vom 27. März:

„Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenski hat heute Abend erklärt, dass er bei dementsprechenden Sicherheitsgarantien vonseiten Russlands bereit sei, über eine Neutralität und einen nicht nuklearen Status seines Landes zu sprechen.“

Warum wurden diese diplomatischen Ansätze damals nicht weiter intensiviert?

Zu den Ergebnissen des Nato-Gipfeltreffens in Madrid und zur Verankerung von 100 Mrd Euro „Kriegskrediten“ im deutschen Grundgesetz

Im Kontrast zu dem erwähnten italienischen Friedensplan stehen die Ergebnisse des Nato-Gipfeltreffens, das Ende Juni in Madrid stattfand.

Im bisherigen strategischen Konzept von 2010 betrachtete das westliche Militärbündnis Russland noch primär als Partner. Jetzt erklärt die Nato in Madrid Russland zu ihrer (Zitat) *„bedeutendsten und unmittelbarsten Bedrohung“* und richtet ihr neues Streitkräftemodell auf die Massierung militärischer Kräfte an ihrer Ostflanke aus.

Im Lichte der sich weiter verschärfenden Konflikte mit Russland will die Nato den Umfang ihrer Schnellen Eingreiftruppe (NATO Response Force, NRF) auf mehrere hunderttausend Soldatinnen und Soldaten verstärken. Künftig sollen nicht mehr 40.000, sondern mehr als 300.000 von ihnen in hoher Einsatzbereitschaft gehalten werden.

Die Bundeswehr wird, wie Verteidigungsministerin Christine Lambrecht mitteilte, rund 15.000 Soldatinnen und Soldaten für das neue Streitkräftemodell bereithalten. Teil davon ist offenkundig die NATO-Battlegroup im litauischen Rukla – damit stünde Litauen als potenzielles Operationsgebiet der Bundeswehr im Falle eines Krieges fest. Wie brandgefährlich die geostrategische Lage gerade Litauens ist, zeigte sich jüngst, als Litauen eine Zeit lang Bahntransporte Russlands in ihre Enklave Kaliningrad unterband. Das hätte zu einer Ausweitung des Krieges auf den Nato-Staat Litauen führen können.

Für Deutschland bedeutet das Gipfeltreffen in Madrid, dass die im Grundgesetz verankerten 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr wohl kaum zur Finanzierung der dort beschlossenen ehrgeizigen Nato-Pläne ausreichen würden. Die u.a. auf der Einkaufsliste deutscher Militärs stehenden F35-Tarnkappenbomber und Drohnensysteme sind aggressives Angriffskriegsgerät. Sie werden zudem die atomare Teilhabe Deutschlands verstetigen. Eine Modernisierung der in Büchel gelagerten Atombomben der Nato ist für das kommende Jahr geplant.

Die Aufrüstungspolitik der Nato-Staaten ist grundfalsch und hochgefährlich, weil sie bedeutet, die globale gesellschaftliche Krise mit Militarismus zu beantworten, statt mit sozialem und ökologischem Fortschritt.

Deshalb sagen wir „Nein“!

- **Nein zu den Plänen einer weltweiten Militarisierung durch die Nato – die Nato muss durch eine neue auf Entspannung beruhende Friedensordnung in Europa und weltweit abgelöst werden!**
- **Nein zu den im deutschen Grundgesetz verankerten Kriegskrediten von 100 Mrd. Euro**

Statt einer neuen Rüstungsspirale fordern wir Investitionen in die existenziellen Probleme der Menschheit wie Hunger, Klima und Flucht.

Wir fordern ernsthafte internationale Bemühungen, den verheerenden Krieg in der Ukraine auf diplomatischem Wege zu beenden.

⇒ **Hinweis:**

-> Text zum italienischen Friedensplan

-> Positionspapier des Bundesausschuss Friedensratschlag vom Juni 22